

De jure oder de facto? Die Gesundheits- und Bildungssektoren in der Ukraine

Polese, Abel

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Polese, A. (2006). De jure oder de facto? Die Gesundheits- und Bildungssektoren in der Ukraine. *Ukraine-Analysen*, 16, 2-4. <https://doi.org/10.31205/UA.016.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



INFORMELLE KONTAKTE UND KORRUPTION HOLODOMOR-GEDENKTAG

■ ANALYSE	
<i>De jure</i> oder <i>de facto</i> ? Die Gesundheits- und Bildungssektoren in der Ukraine Abel Polese, Dresden	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Durchschnittslöhne und Einstellung der Bevölkerung zur Korruption	5
■ DOKUMENTATION	
Studien zu Korruption in der Ukraine	6
Korruption in der Wirtschaft	6
Korruption im Gerichtswesen	9
<hr/>	
■ DOKUMENTATION	
Holodomor-Gedenktag	11
■ UMFRAGE	
Die Hungersnot 1932–33 in den Augen der ukrainischen Bevölkerung	13
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 14. bis zum 28. November 2006	15

*Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 12. Dezember 2006.
Thema wird die Medienlandschaft sein.*



Analyse

De jure oder *de facto*? Die Gesundheits- und Bildungssektoren in der Ukraine

Von Abel Polese, Hannah-Arendt-Institut, Dresden

Einführung

Vor einigen Wochen wurde ein Freund von mir beim Fußballspielen im Auge getroffen. Da die Wunde nicht sehr gut aussah, wollten wir ihn in das nächstgelegene Krankenhaus bringen, um sicher zu gehen, dass sein Auge keinen bleibenden Schaden erlitt. Es war schon spät; mein Schwiegervater fuhr uns zu einer Klinik, von der es hieß, sie sei die beste augenärztliche Klinik in Kiew.

Die Ärzte waren großartig. Sie untersuchten das Auge meines Freundes gründlich, stellten eine Diagnose und verschrieben einige Medikamente, um die Heilung der Mikrowunde im Auge zu unterstützen. Nachdem wir vereinbart hatten, dass wir in den nächsten Tagen zur Nachuntersuchung wiederkommen würden, steckte mein Schwiegervater einen 20-Grivna-Schein (ca. 3 Euro) in die Hosentasche des Arztes und sagte „Danke!“.

Diese Episode kann auf verschiedene Art interpretiert werden. Manche Wissenschaftler würden diese Institutionalisierung einer Praxis des „Gebens und Nehmens“ als Unterstützung weit verbreiteter Korruption in der Ukraine verurteilen, andere aber würden dafür plädieren, diese Episode als „Spitze des Eisberges“, als Symptom eines Problems zu sehen, das sehr viel tiefer geht und sehr viel umfassender und komplexer ist.

Die Unfähigkeit des Staates, ein normales Funktionieren der Wirtschaft zu sichern, wurde zu Sowjetzeiten von sozialen Netzwerken ausgeglichen. Heutzutage spüren postsowjetische Gesellschaften immer noch das Erbe der Sowjetzeit, und eine umfassende Strategie des täglichen Überlebens muss die Abwesenheit des Staates ausgleichen, so dass soziale Netzwerke immer noch eine wesentliche Rolle im täglichen Leben spielen. Ein allgemeines Misstrauen gegenüber staatlichen Einrichtungen führt dazu, dass Menschen versuchen, sich im Krankenhaus oder in Ämtern eine bessere Behandlung zu sichern, indem sie entweder ein persönliches Verhältnis aufbauen oder indem sie durch „Zeichen der Aufmerksamkeit“, wie kleine Geschenke genannt werden, versuchen, sich Zuneigung zu erwerben. Ihrerseits tendieren Angestellte im öffentlichen Dienst dazu, sich eine „ständige Klientel“ aufzubauen, um ihr Gehalt auf-

zubessern. Diese Praxis wird oft zu vereinfachend Korruption genannt.

Ich möchte in diesem kurzen Artikel zeigen, dass die meisten solcher Geschäfte in einer kapitalistischen Welt, in der staatliche Sektoren privatisiert werden – auch wenn der Staat sich dessen nicht bewusst ist – als normale Transaktionen angesehen werden können und dass die beunruhigenden Zahlen zur Korruption, die von westlichen Medien oft zitiert werden, einfach das Resultat davon sind, dass der Staat öffentliche Sektoren hartnäckig als solche erhalten will, ohne dabei für anständige Arbeitsbedingungen für seine Angestellten zu sorgen. Die Antwort der staatlichen Angestellten ist eine *de facto* Privatisierung, wobei Kunden für Dienstleistungen wie in Privatbetrieben zahlen und Ärzte dank der „Gaben“ von Kunden angemessene Löhne erhalten.

Mangelnde Ethik oder Geldmangel?

Im Januar 2006 betrug der Durchschnittslohn derjenigen, die im Gesundheitssektor arbeiten, 557,62 Grivna und derjenigen, die im Bildungssektor arbeiten, 672,55 Grivna. Obwohl diese Zahlen bis September 2006 auf 673,47 Grivna bzw. 865,80 Grivna gestiegen waren, zählen sie dennoch zu den niedrigsten Löhnen in der Ukraine. (siehe Grafik 1 auf Seite 5) Der Durchschnittslohn eines Arztes oder eines Hochschuldozenten (Juniorprofessor oder höher) beträgt 1000 Grivna im Monat (zumindest in den Großstädten). Wie viele westliche Akademiker würden für ein solches Gehalt arbeiten?

Das größte Trauma der ukrainischen Transformation ist die Entscheidungsunfähigkeit des Staates, die zur Misswirtschaft im staatlichen Sektor führt. Der Zusammenbruch des Sozialismus hat dazu geführt, dass sich der Kapitalismus in der Ukraine etabliert hat. Einige Sektoren sind privatisiert worden – wenn auch mit zweifelhaftem Nutzen für die Bevölkerung –, aber der ukrainische Staat hat nach wie vor keine Entscheidung über das Schicksal der größten staatlichen Sektoren getroffen: in einigen Fällen trägt der Staat immer noch das sozialistische Mäntelchen, mit einer hyperzentralisierten Verwaltung von Schulwesen, Hochschulen und Gesundheit, im Gegensatz zur Liberalisierung eines Großteils der Wirtschaft des

Landes. Eine Liberalisierung der Wirtschaft führt aber nur zu positiven Ergebnissen, wenn unabhängige Institutionen geschaffen werden, die für Kontrolle, Transparenz und Effektivität des Marktes sorgen.

Während der Staat unfähig ist eine Entscheidung bezüglich der Zukunft des Gesundheits- und Bildungswesen zu treffen, ist er auch nicht in der Lage die staatlichen Sektoren angemessen zu verwalten, was zur Folge hat, dass Angestellte einen niedrigen Lohn erhalten. Gleichzeitig ist der Staat gezwungen, regelmäßig die Preise für staatliche Güter etwa in der Kommunalwirtschaft anzuheben, so dass die Kaufkraft der meisten staatlichen Angestellten geschwächt wird.

Zusätzliche Einkünfte für die Angestellten über die Einführung von Gebühren werden aber stigmatisiert, da laut ukrainischer Verfassung das Recht auf kostenlose Gesundheitsversorgung – und, soweit möglich, auch auf kostenlose Ausbildung – besteht. Die Beschaffung von Drittmitteln ist aber selbst im Hochschulbereich keine realistische Option in Anbetracht der Tatsache, dass a) ältere Mitarbeiter mit dieser Notwendigkeit das erste Mal zu spät in ihrem Leben konfrontiert werden, b) wann immer jemand zusätzliche Mittel einwerben kann, er sich dem Druck seiner Fakultät ausgesetzt sieht, die Mittel abzutreten und c) ausländische Geber mit ihrer unkoordinierten Hilfe oft mehr Schaden als Nutzen gebracht haben.

Auswirkungen der Wirtschaftskrise

Was soll man tun, wenn das Gehalt eines Arztes in einem staatlichen Krankenhaus nicht ausreicht, um zu leben? Man kann bei den Eltern leben oder sich auf das Gehalt des Partners verlassen, aber dies könnte noch mehr Frustrationen erzeugen, vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass ein Arzt, der nicht mehr als 150 Euro im Monat verdient, vielleicht das Leben eines Geschäftsmannes retten muss, der 1500 Euro und mehr pro Tag verdient. Das Gleiche trifft auf Lehrer zu, die die Eliten von morgen für 1000 Grivna im Monat ausbilden müssen.

Wie kommen Menschen mit einer solchen Krisensituation klar? Wenn Geld innerhalb des Systems zirkuliert, versucht jeder, daran teilzuhaben. In einem Krankenhaus wird dies in der Regel über eine informelle Zahlung sein. Einer inoffiziellen Preisliste zufolge z.B. kostete im September 2006 ein Besuch beim Arzt in Kiew ca. 20 Grivna (je nach Einkommen des Stadtviertels; bis 2005 belief sich dieser „Tarif“ auf 10 Grivna), aber einige Ärzte nehmen immer noch Pralinen oder Spirituosen an (die von manchen alten Leute ganz im sowjetischen Geist immer noch angeboten werden), um sie dann

wieder in den Laden zurückzubringen oder bei einer Geburtstagsfeier zu verwerten.

Eine Geburt kostet einiges mehr (mehreren Quellen zufolge kostet eine Geburt in Odessa ca. 100 US-Dollar aber sehr viel mehr in Kiew, wiederum je nach Stadtviertel und Krankenhaus), ebenso chirurgische Eingriffe. Dies ist keine Generalisierung, es gibt immer noch die Möglichkeit, gratis behandelt zu werden und Bezahlungen für einen Arztbesuch werden erwartet, aber nicht gefordert.

Es scheint hierbei eine Doppelmoral zu geben: im Allgemeinen werden Ärzte beschuldigt, geldgierig zu sein, während, wenn es um den eigenen Fall geht, Menschen manchmal zugeben, dass sie in „diesem besonderen Fall“ dem Arzt eine zusätzliche Zahlung leisten mussten, da er sonst nichts zum Leben hätte. Dieses Gefühl der Empathie beschränkt sich aber auf kleine „Geschenke“, Menschen empfinden sehr viel weniger Sympathie für Ärzte, wenn diese Hunderte von Dollar für eine Operation verlangen.

Die Unfähigkeit des Staates, den Bürger mit grundlegenden Dienstleistungen zu versorgen hat dazu geführt, dass Menschen psychologischen Druck verspüren, wenn sie nicht mehr glauben, dass sie kostenlos versorgt werden und mehr und mehr dazu neigen, für jede Dienstleistung zu zahlen, ob sie nun offiziell kostenlos ist oder nicht.

Ein weiterer interessanter Fall sind staatliche Ämter, wo ein zusätzlicher Grivna hier und dort kleine zusätzliche Dienstleistungen einkaufen kann: Meine Frau war schwanger und konnte nicht zur 2km entfernten Bank gehen, um für die Dokumente, die sie beantragt hatte, zu zahlen. Eine zusätzliche Zahlung von 1,15 Grivna gab ihr das Recht, auf der Stelle zu zahlen. Eltern sollen zum Budget von staatlichen Schulen beitragen, indem sie eine monatliche Gebühr bezahlen, damit ihre Kinder eine bessere Ausstattung in der Schule erhalten und somit die Chance auf ein Studium in besseren Universitäten.

Universitäten wiederum sind vielleicht diejenigen Einrichtungen, bei denen die Grenze zwischen moralisch und unmoralisch am undeutlichsten ist und es die größte Vielfalt von Situationen gibt. Es ist offensichtlich, dass Hochschullehrer nicht von ihrem Gehalt leben können, aber die Art, ihr Einkommen aufzubessern, hängt von vielen Faktoren ab. In einigen Universitäten sammeln Studenten vor dem Examen Geld, um ihrem Dozenten dafür zu danken, dass er sie unterrichtet hat, in anderen Fällen teilt der Lehrer den Studenten den Preis dafür mit, dass das Examen glatt läuft, manchmal aber fordert der Hochschullehrer kein Geld von den Studenten, sondern sieht sich woanders nach alternativen Einkommensquellen um.

Er könnte dann immer noch ab und zu Geschenke annehmen, oder aber sie ablehnen, um gegenüber dem Gebenden keine Verpflichtung einzugehen.

Die „Demontage“ des staatlichen Sektors in der Ukraine

Von einem Sanatorium in Mirgorod war bekannt, dass es korrupt war. Es gab zwei Arten, dort eine Kur zu erhalten: Man konnte entweder einen einwöchigen Aufenthalt, alles inklusive, kaufen, oder die Angestellten bestechen. Letzteres wurde als billiger bevorzugt. Einige kleine rein administrative Veränderungen haben das Sanatorium in eine bürokratisierte, aber nicht mehr korrupte Einrichtung verwandelt.

Der Direktor erlaubt jetzt Kuraufenthalte in seinem Sanatorium, ohne dass der einwöchige Aufenthalt gebucht werden muss. Man kann jetzt mit einer ärztlichen Überweisung und der Zahlung einiger Grivna eine Kur machen.

Die Lage ist die gleiche wie früher, aber das Einkommen des Sanatoriums wird jetzt registriert, Kunden erhalten Quittungen und das Geld geht an die Einrichtung, nicht an die Angestellten. Steuern können gezahlt und Gehälter regelmäßig erhöht werden, je mehr Arbeitsstunden, desto höher das Einkommen.

Dies war nur ein erfolgreicher Fall. Universitäten, Krankenhäuser und Ämter sind *de jure* staatlich aber *de facto* privat, da ihre Angestellten eher von den Kunden als vom Staat bezahlt werden. Wenn man einem Bericht über „Bestechungen“ des Ukrainischen Institutes für Sozialforschung vertrauen will, bieten ca. 30% der Patienten in Krankenhäusern Ärzten, Krankenschwestern oder anderen Angestellten ein „Geschenk“ an. In Anbetracht der Tatsache, dass in Großstädten wie Kiew 20 Grivna die kleinste Summe für ein Geschenk sind und wenn man von ca. 20 Patienten am Tag ausgeht, kann ein Arzt pro Arbeitstag ungefähr 130 Grivna extra verdienen, keine unwesentliche Summe, die zum Monatsgehalt von 600–1000 Grivna hinzugerechnet werden kann. Wenn der Arzt Operationen durchführt, kann sich das Zusatzeinkommen auf einige hundert Dollar pro Operation belaufen (die er vielleicht mit seinen

Assistenten teilen muss).

Ein Verständnis der Sicht der Bürger ist auch wichtig. Ein Ukrainer weiß, dass, wenn er sich in ein staatliches Krankenhaus für einen Aufenthalt oder auch nur für einen Arztbesuch begibt, dies höchstwahrscheinlich eine Ausgabe nach sich ziehen wird. Es ist ihm auch bewusst, dass die meisten Schulen und Hochschulen neben den offiziellen Studiengebühren weitere Zahlungen erheben, und diese im Familienbudget als Teil der Ausgaben für die Ausbildung der Kinder veranschlagt werden müssen. Extreme Fälle gibt es in öffentlichen Ämtern, wo ein „Problem“ zusammen mit dem Vorschlag, selbiges für einen kleinen „Beitrag“ zu lösen, entstehen kann.

Es ist daher nicht überraschend, dass sich eine immer größere Anzahl von Bürgern an offiziell private Einrichtungen wendet, die, für mehr Geld, bessere Strukturen und Dienstleistungen anbieten.

Resümee

Ich bin der Meinung, dass inoffizielle Zahlungen, die nach westlicher Logik als Korruption kategorisiert werden, manchmal vor Ort als normal oder zumindest als notwendiges Übel akzeptiert werden, als die beste Art und Weise, die Wirtschaftskrise zu überstehen und die Probleme des täglichen Überlebens zu meistern. Es hat sich gezeigt, wie, trotz der in der Verfassung verbrieften Rechte auf kostenlose Gesundheitsversorgung und kostenlose Ausbildung, ukrainische Familien fast bei jedem Kontakt mit diesen beiden Sektoren Extraausgaben haben, und staatliche Angestellte leichter dank der an sie gezahlten „Gaben“ denn mithilfe ihres Gehalts überleben können.

De facto sind also Gesundheitswesen und die Ausbildung private Sektoren. Obwohl dies öffentlich bestritten wird, ist die Privatisierung von staatlichen Sektoren in der Ukraine sehr viel weiter fortgeschritten, als man meinen möchte. Es wird interessant sein, die Reaktion des Staates zu beobachten, sobald diese Tatsache anerkannt wird: Wird dies das wirkliche Ende für den in den Köpfen immer noch existierenden Sowjetsozialismus bedeuten?

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Über den Autor:

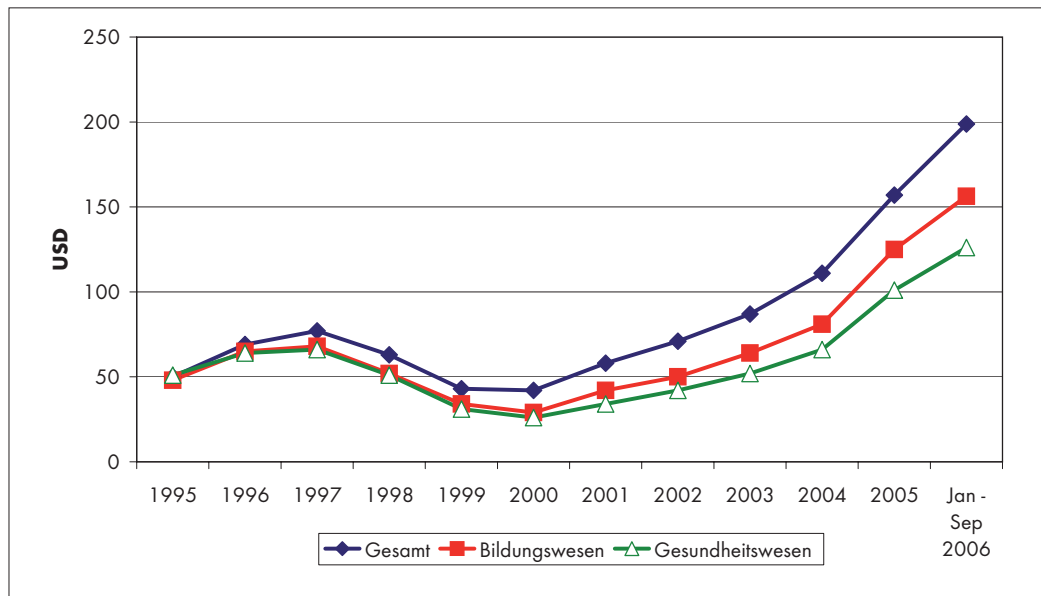
Abel Polese ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah Arendt Institut in Dresden und Doktorand an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales - EHESS, Paris. Er war von 2002 bis 2006 als CEP Fellow und als Gastwissenschaftler an Universitäten in Kiew und Odessa in der Ukraine.

Lesetipps:

- Lonkila, Markku (1997), 'Informal Exchange Relations in Post-Soviet Russia: A Comparative Perspective', *Sociological Research Online* 2 no.3, www.socresonline.org.uk/socresonline/2/2/9.html
- Polese, Abel (2006), Paying for a Free Education. *Transitions Online* (8 August)
- Srubar, Ilja (1991), 'War der Reale Sozialismus Modern?' *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43, no.3: 415–432
- Temple, P. and Petrov, G. (2004). 'Corruption in Higher Education: Some Findings from the States of the Former Soviet Union'. *Higher Education Management and Policy* 16, no.1: 83–99
- Wanner, Catherine (2005), 'Money, Morality and New Forms of Exchange in Postsocialist Ukraine'. *Ethnos* 70 no. 4: 515–537

Tabellen und Grafiken zum Text

Durchschnittslöhne und Einstellung der Bevölkerung zur Korruption

Grafik 1: Durchschnittslöhne in USD


Quelle: Ukrainischer Nationaler Dienst für Statistik

Tabelle 1: Haltung der Bevölkerung zu Korruption

	Einverstanden	Weder einverstanden noch nicht einverstanden	Eher nicht einverstanden
Korruption ist in der Ukraine sehr verbreitet	85,6	9,0	5,5
Um eigene Probleme erfolgreich zu lösen, bietet man einem Beamten mit entsprechenden Möglichkeiten Geld oder ein Geschenk an	63,2	14,4	22,4
Für Abgeordnete und Minister ist es üblich, von Personen oder Organisationen Geld, Geschenke und Gefälligkeiten zu erhalten	62,7	13,1	24,1
Für Beamte in den Ministerien, Regional- und Stadträten ist es üblich, von Personen oder Organisationen Geld, Geschenke und Gefälligkeiten zu erhalten	62,7	18,2	19,1
Ukrainische Bürger sind nur in den für sie persönlich vorteilhaften Fällen gesetzzestreu	55,9	15,6	28,5
Die Korruptionshöhe könnte wesentlich verringert werden	54,2	20,2	25,6
Erwartet ein Beamter Geld für die Lösung meines persönlichen Problems, so werde ich es bezahlen	44,4	16,1	39,5
Beamte, an die ich mich gewandt habe, erwarteten gewöhnlich Geld oder Geschenke	37,9	24,9	37,1
Junge Beamte sind korrupter als die Älteren	37,8	26,8	35,5
Im Laufe des letzten Jahres musste ich den Beamten, an die ich mich gewendet habe, mindestens einmal Geld oder Geschenke geben	20,6	6,5	72,9

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Instituts für Soziologie Anfang 2006,

www.aj.org.ua/files/7/KMIC_doslidzhennya_15_06_final.doc?PHPSESSID=058440810fb1435c555991ab59ab730a

Dokumentation

Studien zu Korruption in der Ukraine

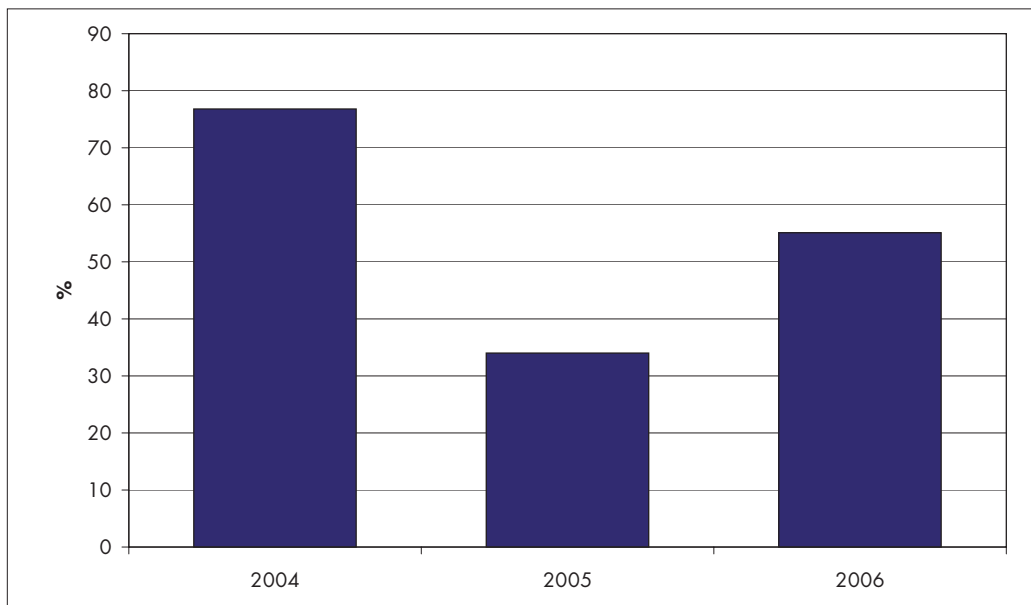
Korruption in der Wirtschaft

Das Kiewer Institute for Economic Research and Policy Consulting führt vierteljährlich eine Befragung der Geschäftsführer von 300 ukrainischen Industrieunternehmen durch. Die Befragung gehört zu der Gruppe der Konjunkturtests, die vom IFO, Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. entwickelt wurden. Die Ergebnisse dieses Quarterly Enterprise Survey (QES) werden im Internet publiziert:

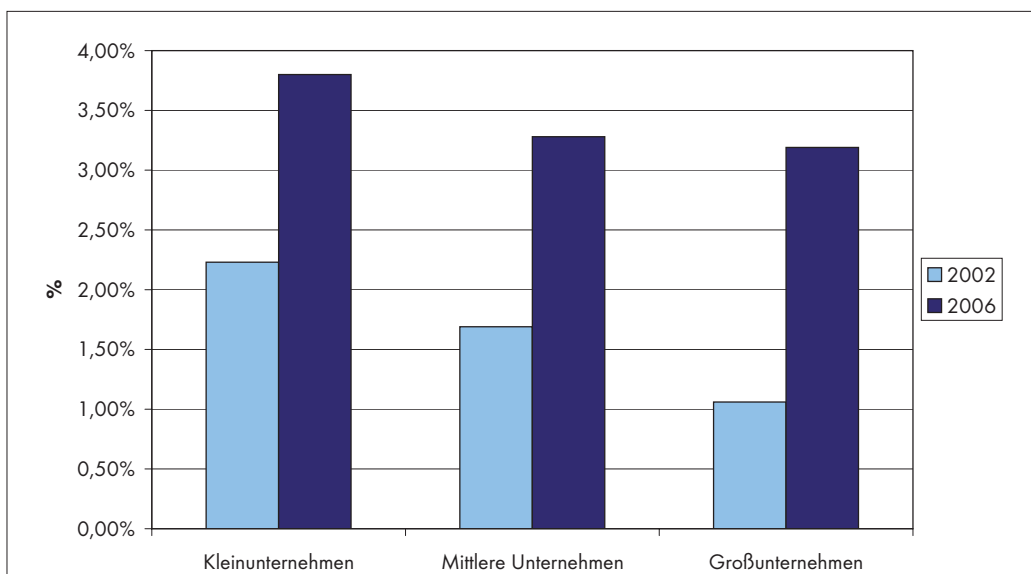
Ukrainische Fassung: http://www.ier.kiev.ua/Ukraine/qes_ukr.cgi

Englische Fassung: http://www.ier.kiev.ua/English/qes_eng.cgi

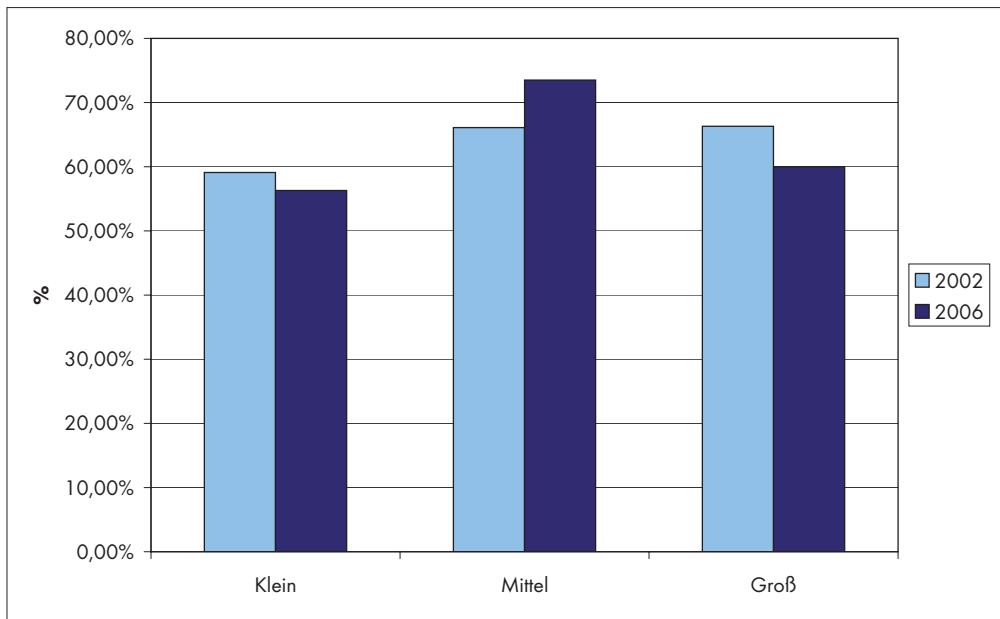
Anteil der Unternehmen, für die „inoffizielle Bezahlung“ ein verbreitetes Mittel ist, um Beziehungen mit Beamten zu regeln



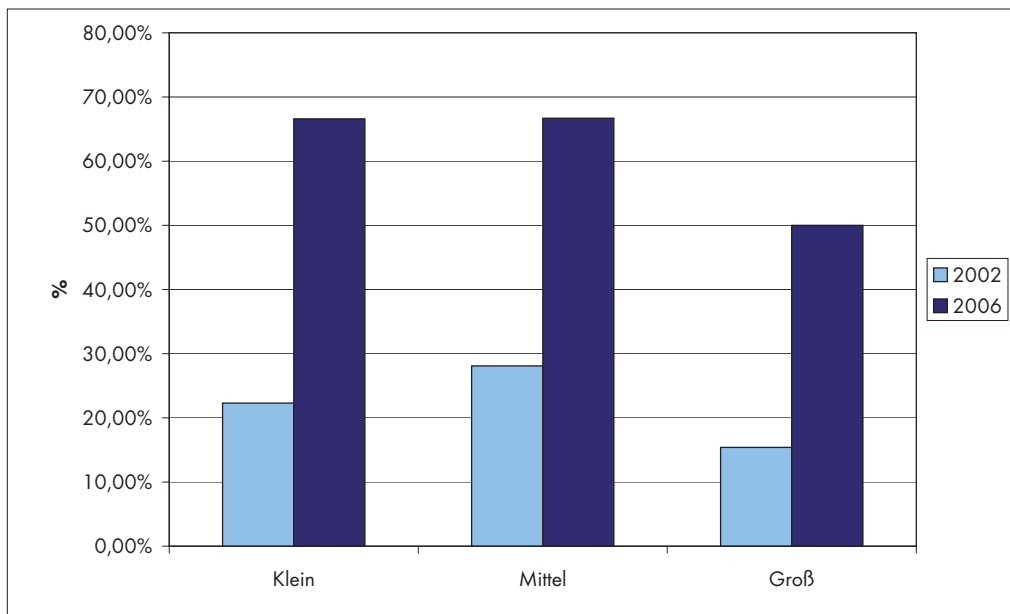
„Inoffizielle Bezahlung“ als Anteil am Jahresumsatz



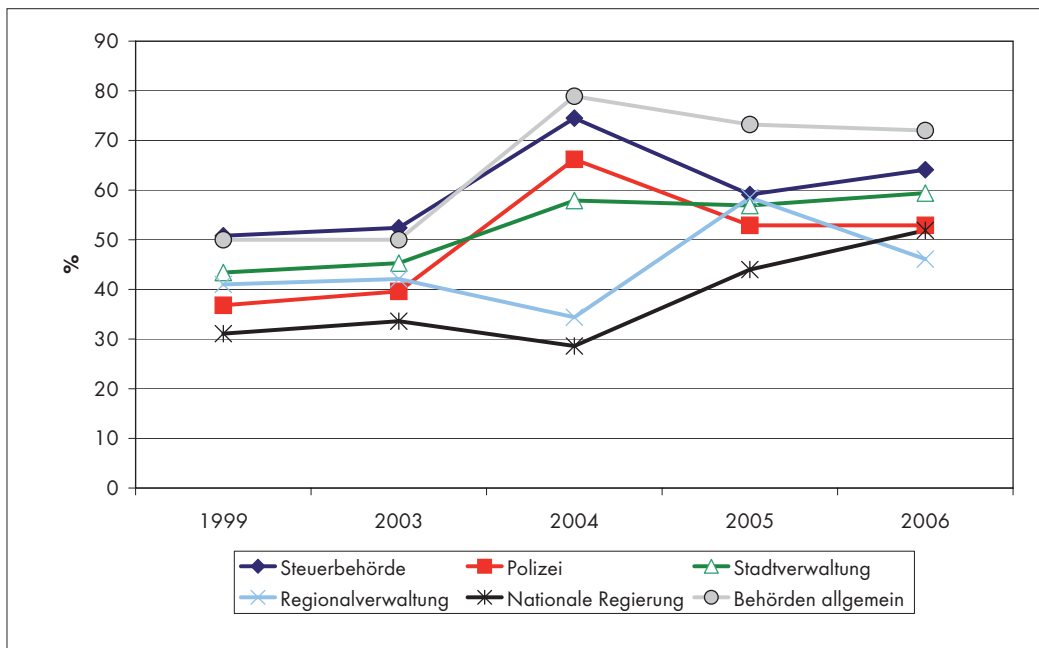
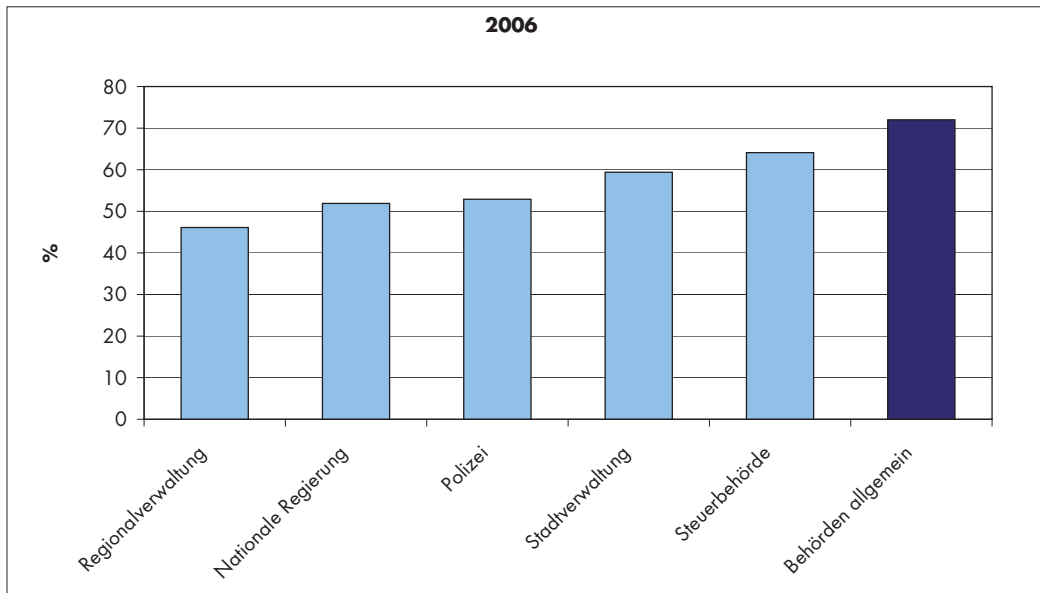
Anteil der Firmen, für die der Umfang von Bestechungsgeldern unberechenbar ist



Anteil der Firmen für die der Erfolg von Bestechungszahlungen ungewiss ist



Informelle Beziehungen zu welchen Behörden sind wichtig für den Unternehmenserfolg?



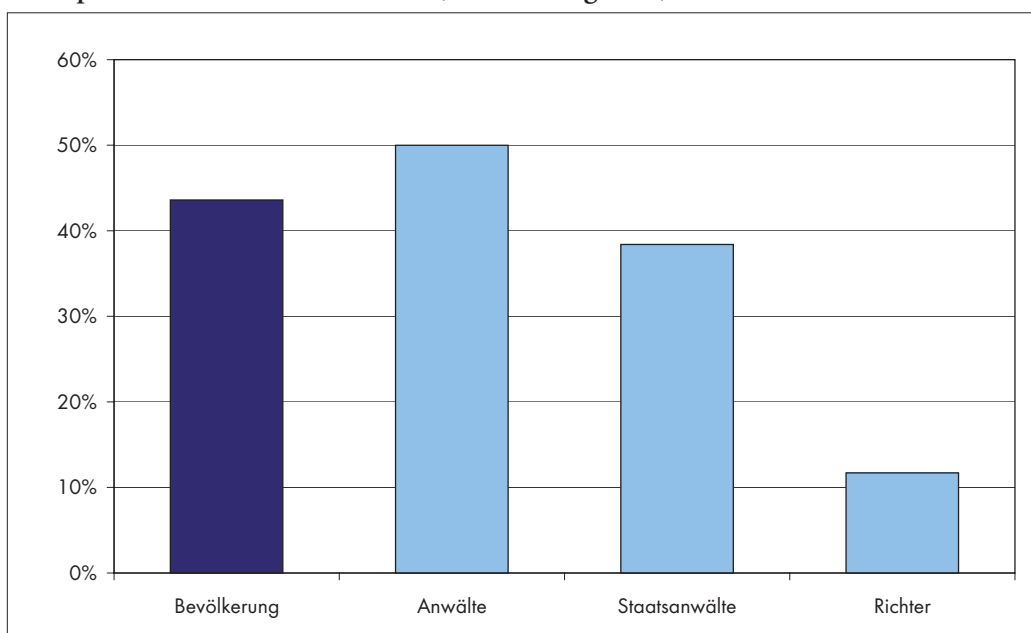
Korruption im Gerichtswesen

Die Studie „Korruption und Dienstleistungen im Gerichtssystem der Ukraine“ wurde durch das Kiewer Internationale Institut für Soziologie (KIIC) durchgeführt. Im Zeitraum vom 17.11.2005 bis 22.05.2006 wurden dazu drei Umfragen durchgeführt. Eine repräsentative Umfrage unter der Bevölkerung (1028 Befragte), eine Umfrage unter Juristen (966 Befragte) sowie eine Umfrage unter Gerichtsbesuchern (2047 Befragte).

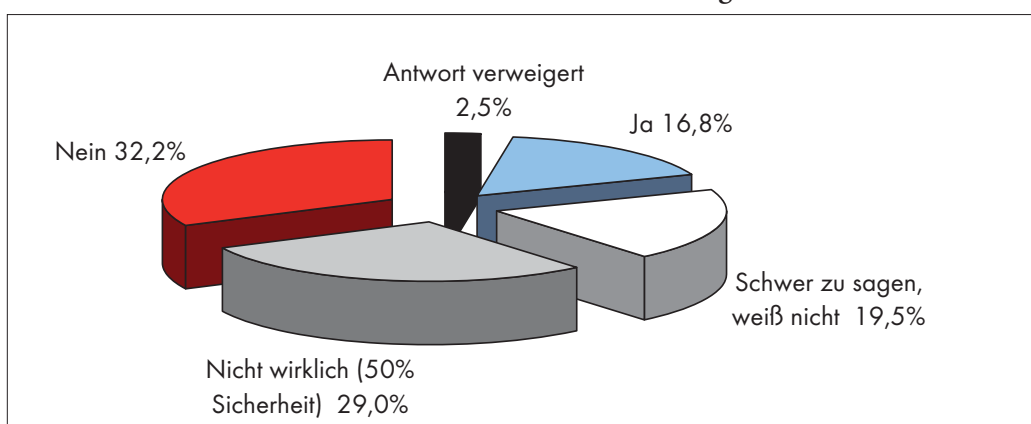
Die Ergebnisse der Studie wurden in einem Forschungsbericht zusammengefasst und in ukrainischer Sprache im Internet veröffentlicht unter:

www.aj.org.ua/files/7/KMIC_doslidzhennya_15_06_final.doc?PHPSESSID=058440810fb1435c555991ab59ab730a

Korruption bei Gericht ist verbreitet (Zustimmung in %)



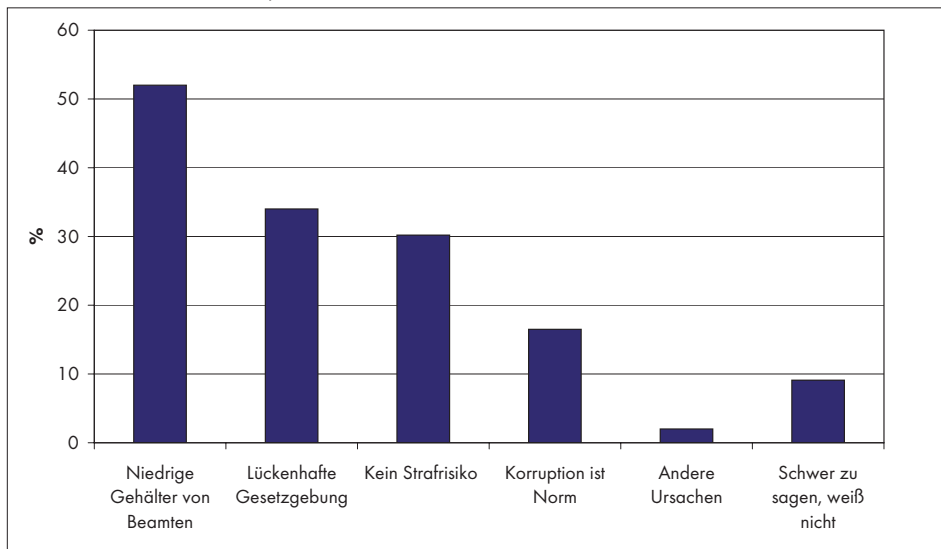
Bevölkerung: Was meinen Sie, kann jemand, der eine „inoffizielle“ Bezahlung an die Gerichtsbeamten macht, damit sie zu seinem Vorteil entscheiden, sich des Erfolges sicher sein?



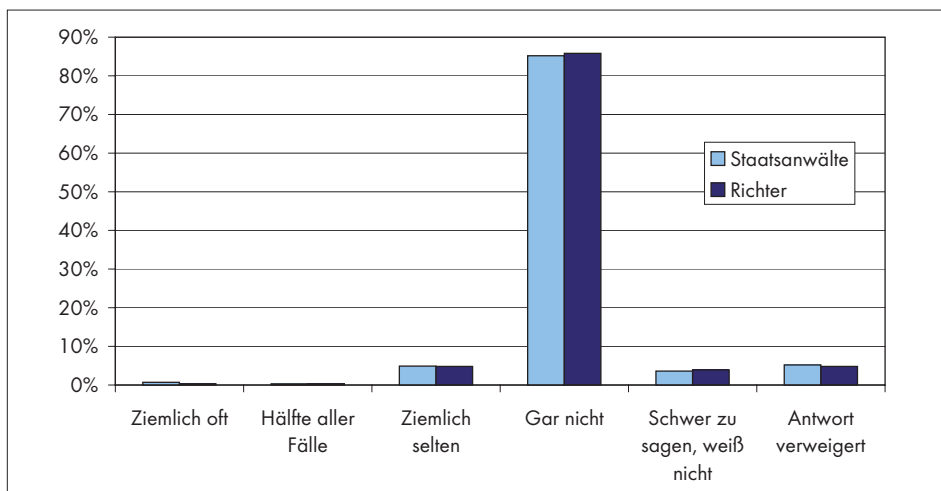
Welche Form der Korruption ist Ihrer Meinung nach die meist verbreitete im ukrainischen Gerichtssystem?

Form	Anwälte	Staatsanwälte	Richter	Durchschnitt
Einflussnahme auf Staatsanwälte und Richter seitens der Politiker	6,5%	21,2%	19,2%	15,5%
Bevorzugung von Verwandten, Freunden oder Bekannten	9,9%	15,6%	14,1%	13,2%
Organisation von übergreifenden Korruptionsnetzen	10,5%	12,7%	6,9%	9,9%
Bestechung der Staatsanwälte und der Richter seitens der ukrainischen Bürger	33,0%	15,3%	15,9%	21,5%
Bestechung der Staatsanwälte und der Richter seitens der Wirtschaft sowie der organisierten Kriminalität	19,1%	13,7%	8,4%	13,7%
Andere Formen	3,7%	2,3%	3,3%	3,4%
Schwer zu sagen, weiß nicht	17,3%	19,2%	32,3%	23,1%

Was ist Ihrer Meinung nach die Hauptursache für Korruption im Gerichtswesen? (Mehrfachnennungen)
Antworten der Richter, Staatsanwälte und Anwälte



Sagen Sie bitte, wie oft Sie persönlich „inoffizielle“ Zahlungen bekommen.



Zusammengestellt und
übersetzt von
Mariya Lukyanova

Dokumentation

Holodomor-Gedenktag

Die Stalinschen Zwangsmaßnahmen in der Landwirtschaft, insbesondere die Restrukturierung der Privatbauernhöfe in Kolchosen und die umfassende Konfiszierung der Getreideernte, führten 1932–33 in der Ukraine zu einer massenhaften Hungersnot, in deren Verlauf Millionen Menschen starben. Aufgrund der politischen Ursachen der Hungersnot wird sie von vielen unter der Bezeichnung Holodomor als Völkermord gesehen. Offizieller Holodomor-Gedenktag in der Ukraine ist der vierte Samstag im November.

Resolution des ukrainischen Parlaments zum 70. Jahrestag des Holodomor vom 15. Mai 2003

Wir, die Teilnehmer dieser außerordentlichen Sitzung der Werchowna Rada, geleitet von den Idealen der Menschlichkeit und sozialer Gerechtigkeit, welche die Menschen- und Bürgerrechte im Hinblick auf universelle Werte verteidigen, wenden uns an die Menschen der Ukraine, an die Bürger aller Nationalitäten im Jahr eines tragischen Datums unserer Geschichte, dem 70. Jahrestag der Hungersnot, verschuldet durch Stalins totalitäres Regime.

Die ukrainische und die internationale Öffentlichkeit erkennen den 70. Jahrestag dieser ukrainischen Nationaltragödie als Datum, an dem, vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit, aus politischen Gründen Nahrungsmittelkonfiszierung als Massenvernichtungswaffe gegen die eigene Bevölkerung angewandt wurde. Die Hungersnot von 1932/1933, die für die unmenschliche Liquidierung von Millionen Ukrainern steht, ist ein Beweis für die kriminelle Natur des damaligen Regimes.

Die grausame Konfiszierung der Ernte des Jahres 1932 und ihr Export, die Konfiszierung jeglicher Nahrungsmittel jeder einzelnen Bauernfamilie, die Zerstörung von Kirchen und heiligen Stätten, massenhafte Repressionen gegen die Intelligenz und Geistlichkeit, all dies hatte das Ziel das Nationalgefühl der Ukrainer zu untergraben, die Eliten zu entwurzeln und die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Bauern zu zerstören.

Der totale Ruin von Millionen ukrainischer Brotproduzenten mittels einer künstlichen Hungersnot war ein freiheitsberaubender, terroristischer Akt des stalinistischen politischen Systems. Die sozialen Grundlagen der ukrainischen Nation und ihre jahrhundertealten Traditionen wurden zerstört, ihre geistliche Kultur und einzigartige ethische Identität wurden untergraben.

Die Hungertragödie von 1932/1933 in der Ukraine wurde über Jahre hinweg nicht nur verschwiegen, sondern sogar offiziell von hochrangigen Persönlichkeiten der UdSSR bestritten. Ihre Gründe, ihr Charakter, die Funktionsmechanismen und ihr Ausmaß wurden nicht nur vor der internationalen Gemeinschaft sondern auch vor Generationen unserer Landsleute sorgfältig verborgen.

Aber die Versuche dies für immer zu verschweigen und die Wahrheit über diese Hungersnot im Laufe der Geschichte zu begraben erwiesen sich als vergebens.

Im Westen wurde seit 1933 über diese ukrainische Katastrophe geschrieben. 1988 erkannte der US-Kongress die Hungersnot von 1932/1933 offiziell als Völkermord an den Ukrainern an. Auch die internationale Juristenkommission tat dies. Für die Bürger der Ukraine kam die Wahrheit über die Geschehnisse von 1932/1933 mit dem Umbruch in der UdSSR ans Licht. Nun wurde das offizielle Schweigen über diese tragischen historischen Fakten erstmals gebrochen.

Heute kann man ohne Zweifel sagen, dass die ersten wahren Worte über die Hungersnot eine entscheidende Rolle für die nationale Wiedergeburt und das Erreichen der Unabhängigkeit der Ukraine spielten.

Gleichzeitig sind wir der Ansicht, dass in der Realität der unabhängigen Ukraine es dem Staate zufällt die schreckliche Wahrheit über diese Jahre (seit der Hungersnot von 1932/33, die freiheitsberaubend von Stalins Regime organisiert wurde) öffentlich zu machen, und dass diese von der ukrainischen Gesellschaft und der internationalen Gemeinschaft öffentlich als einer der größten Völkermorde der Geschichte verdammt werden muss.

Wir, die Teilnehmer dieser außerordentlichen Sitzung der Werchowna Rada am 14. Mai 2003 tun das heute, indem wir die Hungersnot als Akt des Völkermordes an den Ukrainern durch den teuflischen Plan Stalins anerkennen.

Wir sind der Ansicht, dass die Einstufung dieser Katastrophe als Völkermord prinzipielle Wichtigkeit für die Stabilisierung sozialer und politischer Beziehungen in der Ukraine hat. Ebenso ist sie ein wichtiger Faktor der Wiederherstellung historischer Gerechtigkeit und der moralischen Heilung verschiedener Generationen von erschreckendem sozialem Stress. Gleichzeitig dient sie als unwiderlegbarer Beweis der Unumkehrbarkeit der demokrati-

schen Prozesse in unserer Gesellschaft und als ernste Warnung vor jeglichen Versuchen der Etablierung einer neuen Diktatur in der Ukraine oder der Ignorierung des menschlichen Rechts auf Leben.

Indem wir während dieser außerordentlichen Parlamentsitzung die Hungerkatastrophe als Akt des Völkermords anerkannt haben, haben wir in gewisser Weise auch unsere Pflicht als Staatsbürger und Patrioten erfüllt. So gedenken wir der Millionen Opfer und der Generation die nun aufwächst.

Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass nur nach einer angemessenen und offiziellen politischen und rechtlichen Bewertung der sozialen Katastrophe, welche die Hungersnot darstellte, und nur nach einem würdigen jährlichen Gedenken der unzähligen Opfer, und nur nachdem die Weltgemeinschaft über die Tatsache dieses Völkermordes aufgeklärt wurde, wir uns eine gänzlich zivilisierte Nation nennen können.

Lasst uns im Namen der Zukunft die Vergangenheit nicht vergessen!

Gesetzentwurf von Präsident Viktor Juschtschenko zum Holodomor (2. November 2006)

- **Artikel 1:** Der Holodomor von 1932/1933 in der Ukraine ist ein Völkermord an der ukrainischen Nation.
- **Artikel 2:** Die öffentliche Leugnung des Holodomor in der Ukraine ist eine Beleidigung des Andenkens der Millionen Opfer, eine Erniedrigung der Würde der Ukrainer und ist deshalb verboten.
- **Artikel 3:** Staatliche Institutionen und lokale Selbstverwaltungen sind entsprechend ihrer Befugnisse verpflichtet:
 - teilzunehmen an der Bildung und Realisierung von Staatsstrategien auf den Gebieten der Erneuerung und des Schutzes des nationalen Gedenkens der Ukrainer
 - die Konsolidierung und Entwicklung der ukrainischen Nation zu fördern, ihr historisches Bewusstsein und ihre Kultur, die Verbreitung von Informationen über den Holodomor innerhalb der ukrainischen Bevölkerung und in der Weltgemeinschaft zu gewährleisten und Studien über die Tragödie des Holodomor in Bildungseinrichtungen der Ukraine sicherzustellen
 - Maßnahmen zu ergreifen, um das Andenken der Opfer des Holodomor zu verewigen, einschließlich der Errichtung von Denkmälern für die Opfer
 - den Zugang zu Archivmaterial und anderen Materialien den Holodomor betreffend für Forschungs- und Zivileinrichtungen, Akademiker und auch einzelne Bürger zu gewährleisten
- **Artikel 4:** Das Ukrainische Institut des nationalen Gedenkens ist ein speziell autorisiertes Zentralorgan der Exekutive in Bezug auf Wiederherstellung und Sicherung des Nationalgedächtnisses.
Das Ministerkabinett der Ukraine gewährleistet die Voraussetzungen für das reibungslose Arbeiten des Ukrainischen Instituts für nationales Gedenken. Das Ukrainische Institut für nationales Gedenken wird unterstützt durch Finanzierung aus Staatsmitteln der Ukraine.
- **Artikel 5:** Der Staat bietet Bedingungen für die Ausweitung der Forschung und die Durchführung von Maßnahmen verbunden mit der Festigung des Gedenkens der Opfer des Holodomor 1932/1933 in der Ukraine, basierend auf staatlichen Programmen welche durch das Ministerkabinett der Ukraine beschlossen und durch das Ukrainische Institut für nationales Gedenken eingereicht werden. Die Mittel dazu werden jährlich im Staatsbudget bereitgestellt.
- **Artikel 6 – Schlussrichtlinien**
 1. Dieses Gesetz tritt vom Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.
 2. Es werden folgende Änderungen in das Strafgesetzbuch aufgenommen:
 - 1.) Als Ergänzung Kapitel 14 mit Artikel 1722 mit folgendem Resultat:
Artikel 1722, Öffentliche Leugnung des Holodomor 1932/1933 in der Ukraine
Öffentliche Leugnung des Holodomor von 1932/1933 in der Ukraine sowie Planung, Verbreitung und Besitz (mit dem Ziel der Verbreitung) von Material mit solchen Leugnungen ziehen eine Geldstrafe von mindestens 10–15 Monatsgehältern vor Steuern nach sich.
Verstöße verübt durch Massenmedien, wie vorausgesehen im ersten Teil dieses Artikels, ziehen eine Geldstrafe von mindestens 20–30 Monatsgehältern vor Steuern nach sich. [...]
 3. Das Ministerkabinett der Ukraine und die Stadtadministration von Kiew haben in der festgelegten Reihenfolge den Bau eines Denkmals zum Andenken an die Opfer des Holodomor in der Ukraine vor dessen 75. Jahrestag sicherzustellen.

Stellungnahme der Regierungspartei „Partei der Regionen“ zum Gesetzentwurf

Die Vorsitzende der Partei der Regionen, Raisa Bohatyryjowa, schlägt vor, das vom Präsidenten als dringend eingebrachte „Gesetz zur Hungersnot 1932/1933 in der Ukraine“ zu überarbeiten. Raisa Bogatyryjowa glaubt, dass Artikel 2 des Gesetzentwurfs nicht mit Artikel 34 der Verfassung konform ist. Der Präsident schränkt nach Ihrer Meinung mit seinem Vorschlag der administrativen Verantwortlichkeit für die öffentliche Leugnung der Hungersnot in der Ukraine die verfassungsgemäße Meinungsfreiheit ein. [...] Raisa Bogatyryjowa gibt an, dass sie mit dem Geist des Gesetzes einverstanden sei, aber Zweifel an der Zustimmung des Parlaments habe. [...] Deshalb solle eine Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des Gesetzes unter Beteiligung von Präsident Viktor Juschtschenko gebildet werden.

Quelle: *Ukrinform, Kiew, Ukraine, Mittwoch, 8. November 2006*

Parlamentsdebatte am 17. November 2006

Die Werchowna Rada verschob die für Freitag, den 17. November geplante Lesung des Gesetzentwurfes „Zur Hungersnot 1932 – 1933 in der Ukraine“ um zwei Wochen auf Anfang Dezember.

Der Fraktionsvorsitzende der Sozialisten, Wasyl Zuschko, betonte, dass die Fraktionen erst ihre Positionen hinsichtlich des Gesetzentwurfes zur Übereinstimmung bringen müssen, bevor die Lesung im Parlament stattfinden kann.

Der Parlamentsvertreter des Präsidenten, Roman Swarytsch, bezeichnete seinerseits die Haltung des Parlaments gegenüber dem Gesetzentwurf als verantwortungslos. Seiner Meinung nach wurde die Verabschiedung dieses Gesetzes durch das Parlament absichtlich hinausgezögert.

Auch die Vertreter der Partei NRU (Narodnyj Ruch Ukrainy) betonten, dass die antiukrainische Mehrheit im Parlament durch die Ablehnung des Appells des Präsidenten praktisch ihre Nichtachtung gegenüber dem ukrainischen Volk zeigte.

Quellen: <http://www.razom.org.ua/ua/news/12928/>, http://www2.pravda.com.ua/news_print/2006/11/17/50958.htm

Übersetzung: Tobias Schulz und Mariya Lukyanova

Parlamentsdebatte am 28. November 2006

Die Gesetzesentwürfe des Präsidenten sowie der Partei der Regionen zum Holodomor werden abgelehnt. Anschließend stellt Parlamentspräsident Alexander Moros eine überarbeitete Fassung des Gesetzesentwurfes des Präsidenten zur Abstimmung, der mit den Stimmen des Blocks Timoschenko, der Partei Unsere Ukraine und der Sozialisten angenommen wird.

Wesentliche Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf sind die Ersetzungen des Wortes „Nation“ durch „Volk“, eine Übertragung der Regelungskompetenz für das Ukrainische Institut des Nationalen Gedenkens an die Regierung sowie die Streichung der Strafen für die Leugnung des Holodomor.

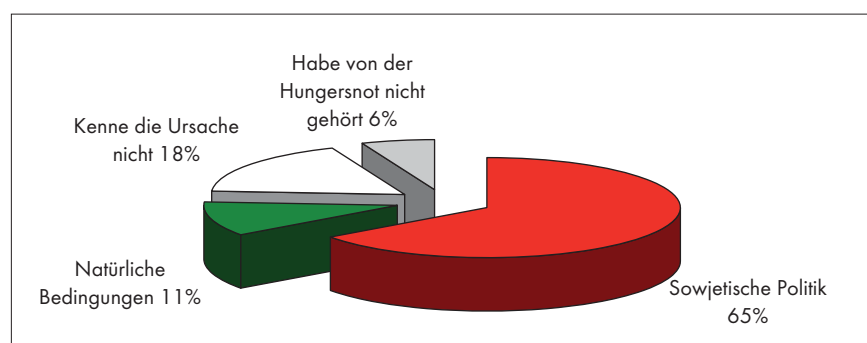
Quelle: <http://www.interfax.kiev.ua/go.cgi?0,8>

Umfrage

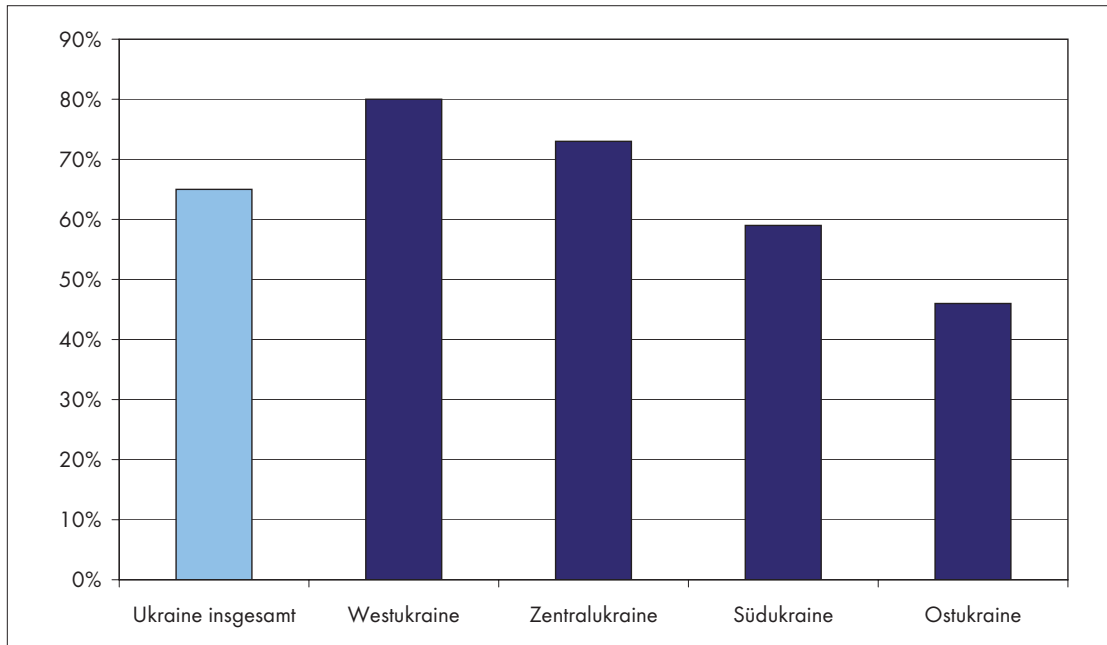
Die Hungersnot 1932–33 in den Augen der Ukrainischen Bevölkerung

Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom September 2006 (zitiert nach: UNA, 9.11.2006, www.ukranews.com)

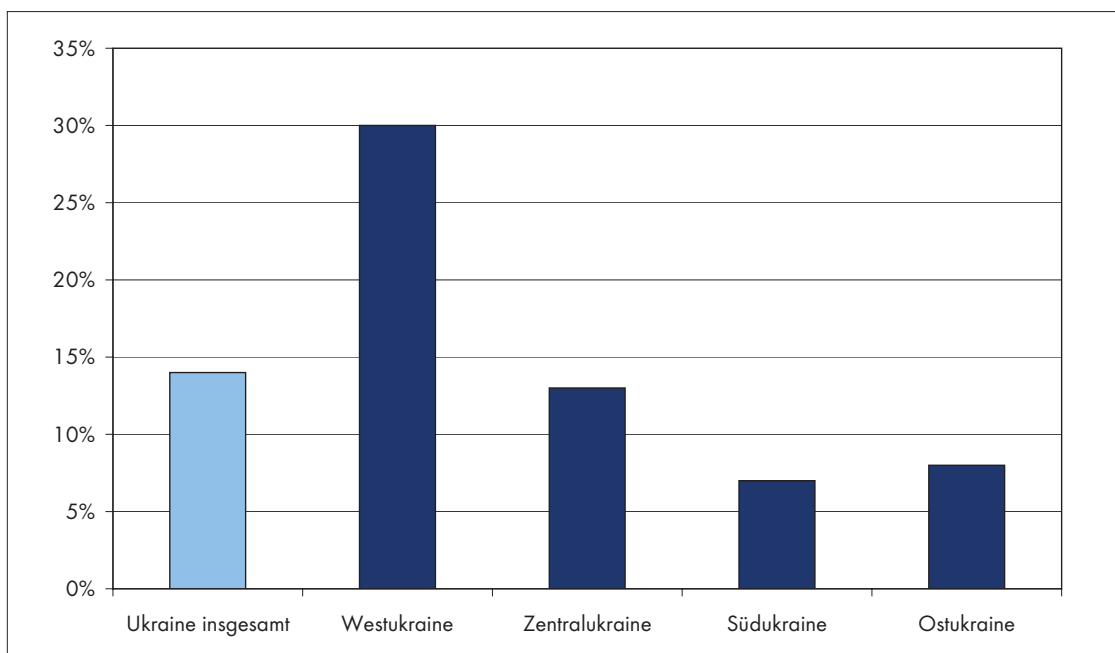
Was war die Ursache der Hungersnot?



Die Hungersnot wurde von den sowjetischen Machthabern verursacht (Zustimmung in Prozent)



Die Hungersnot in der Ukraine betraf nur ethnische Ukrainer (Zustimmung in Prozent)



Chronik
Vom 14. bis zum 28. November 2006

14.11.2006	Der stellvertretende Generalstaatsanwalt Renat Kusmin erklärt in einem Fernsehinterview, dass die Staatsanwaltschaft Innenminister Juri Luzenko der Korruption verdächtigt. Seine Andeutungen legen nahe, dass er sich auf die Vorwürfe bezieht, die am 20.11. vor einem Kiewer Bezirksgericht verhandelt werden.
15.11.2006	Die von Präsident Viktor Juschtschenko nominierten Minister für Äußeres und für Verteidigung geben vor dem Parlament die eingeforderten Tätigkeitsberichte ab. Das Parlament einigt sich nicht auf eine Stellungnahme zu den Berichten. Die Debatte um eine Entlassung der Minister wird um zwei Wochen verschoben. Die beiden Minister weisen darauf hin, dass die Entlassung von durch den Präsidenten ernannten Ministern in der Verfassung nicht eindeutig geregelt ist und deshalb das Verfassungsgericht erst über das erforderliche Verfahren entscheiden müsse.
15.11.2006	Der von Unsere Ukraine nominierte Gesundheitsminister Juri Poljatschenko erklärt, dass er die Entscheidung der Partei zum Rückzug aus der Regierung nicht akzeptiere und im Amt bleiben werde. Direkt nach der Entscheidung zum Austritt aus der Regierungskoalition Mitte Oktober hatte Poljatschenko gemeinsam mit den anderen Ministern von Unsere Ukraine seinen Rücktritt eingereicht.
15.11.2006	Der polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski trifft in Kiew seinen Amtskollegen Viktor Janukowitsch sowie Präsident Viktor Juschtschenko und die Oppositionsführerin Julia Timoschenko.
16.11.2006	Das Parlament verabschiedet in erster Lesung ein Gesetz, das die Regierungskompetenzen neu regelt. Präsident Viktor Juschtschenko erklärt, dass er gegen das Gesetz sein Veto einlegen werde. Der Präsident sowie Oppositionsabgeordnete haben jeweils alternative Gesetzentwürfe vorgelegt.
17.11.2006	Präsident Viktor Juschtschenko nennt den Erdgashändler UkrGazEnergo eine Bedrohung der nationalen Sicherheit und verlangt eine Untersuchung von Liefereinstellungen an Industriekunden. UkrGazEnergo ist ein Gemeinschaftsunternehmen des internationalen Gashändlers RosUkrEnergo, das den ukrainischen Erdgasimport abwickelt, und der nationalen ukrainischen Energiefirma Naftohaz Ukrainy. RosUkrEnergo wiederum gehört zur Hälfte dem russischen Erdgaskonzern Gazprom und zur Hälfte ukrainischen Investoren.
17.11.2006	Auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates verlangt Präsident Viktor Juschtschenko eine Privatisierung der Kommunalwirtschaft, um Modernisierung und eine Überwindung der Schuldenkrise zu ermöglichen. Ministerpräsident Viktor Janukowitsch und Parlamentspräsident Alexander Moros verlassen aus Protest die Sitzung.
20.11.2006	Ein Bezirksgericht in Kiew verurteilt Innenminister Juri Luzenko zu einer Geldstrafe von etwa 50 Euro wegen der unrechtmäßigen Verleihung von Pistolen als Auszeichnung an zwei Polizisten.
21.11.2006	Präsident Viktor Juschtschenko erklärt in einem Interview mit drei landesweiten Fernsehsendern, dass er eine erneute Revision der Verfassung im Rahmen eines Runden Tisches verhandeln wolle. Er ruft die „demokratischen Kräfte“ auf sich zu einem neuen „nationalen Projekt“ zusammenzuschließen.
28.11.2006	Das Parlament verabschiedet einen Gesetzentwurf zur Hungersnot 1932–33. Die Hungersnot wird als Völkermord bezeichnet.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.ukraine-analysen.de